

Hofmann und Glauber gegen Petition

Forchheim - Am heutigen Donnerstag behandelt der Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags eine Petition gegen die B470-Ortsumfahrung Forchheim. Die Forchheimer Landtagsabgeordneten Michael Hofmann (CSU) und Thorsten Glauber (FW) werden dabei die Berichterstattung übernehmen. Beide wollen empfehlen, die Petition abzulehnen und die bayerische Staatsregierung darum bitten, sich weiterhin für die Umsetzung der Straßenbaumaßnahme einzusetzen.

„Ich sehe im Ausschuss keine Mehrheit, der Petition nachzukommen und die Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan zurückzuziehen“, erklärte Hofmann in einer Mitteilung. Glauber drängt darauf, das Projekt zunächst anzumelden, um in die Planungsphase zu kommen. „Über eine konkrete Straßenführung wird dann erst gesprochen“, betont der Fraktionsvize der Freien Wähler.

Umweltschutz werde beachtet

Die Petition wurde vom Vorsitzenden der „Bürgerinitiative pro Wiesental ohne Ostspange“ (BIWO), Heinrich Kattenbeck, eingereicht und wird von weiteren Mitunterzeichnern unterstützt. „Interessant ist“, sagt Hofmann, „dass ein Viertel der Unterzeichner außerhalb des Landkreises wohnen!“ Der CSU-Politiker verweist darauf, dass bei einer Einstufung der Ortsumfahrung in den vorrangigen Bedarf durch verschiedene Maßnahmen den Belangen des Umwelt- und Landschaftsschutzes auch Rechnung getragen werde. Glauber ist überzeugt: „Die Ostspange wird Forchheim und Gosberg entscheidend entlasten.“ *red*

FT 26.11.2015

NN

Biwo scheitert

Petition gegen die Ostspange wird klar abgelehnt

VON GEORG KÖRFGEN

FORCHHEIM – Der geplante Bau der Ostspange der Südumgehung hat eine wichtige Hürde genommen. Die Petition gegen die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ist im Wirtschaftsausschuss des Landtages klar gescheitert.

Mit 16:2-Stimmen wurde der Antrag der Biwo, der Bürgerinitiative gegen das Straßenbauprojekt, abgelehnt. Mit der Nichtaufnahme in den Bundesverkehrswegeplan hatte die Biwo gehofft, den weiteren Bau der Südumgehung schon in einem frühen Stadium verhindern zu können. Doch für ihren Antrag stimmten bei der Sitzung in München schließlich nur die beiden Grünen-Vertreter im Ausschuss. Geschlossen abgelehnt wurde das Ansinnen von den Vertretern der CSU, der Freien Wähler und auch der SPD.

Überrascht über die SPD

Biwo-Sprecher Heinrich Kattenbeck hatte die Anlehnung erwartet, zeigte sich aber dennoch erstaunt, dass die SPD ebenfalls zu den Befürwortern der Umgehung zählt. Denn im Kreis bieten die Sozialdemokraten zumindest ein geteiltes Bild. So hatten sich im Kreistag im August der Kreisvorsitzende Reiner Büttner sowie die Bürgermeister Anja Gebhardt (Kirchhennbach) und Wolfgang Fees (Langensendelbach) gegen die Ostspange ausgesprochen.

Kattenbeck bleibt dabei: „Es gibt bessere Möglichkeiten der Umgehung Gosbergs als die Ostspange. Und sogar das Staatliche Bauamt sagt, dass Forchheim kaum entlastet wird.“ Dennoch, so Kattenbeck, werde die Biwo „ihre Aktivitäten zum Schutz der fränkischen Heimat fortsetzen“. Gelassen ist der sonst gerne temperamentvolle Sprecher der Biwo auch deswegen, weil er an keine schnelle Umsetzung der Ostspange glaubt: „Im Bundesverkehrswegeplan gibt es ganz andere Probleme.“

Dennoch Wackelpartie

Dass die Ostspange gar nicht in den vordringlichen Bedarf des Planes kommt – erst dann kann konkret geplant werden – dieses Szenario hält auch der Landtagsabgeordnete Thorsten Glauber (Pinzberg) für nicht ganz unmöglich. „Die Aufnahme ist alles andere als sicher.“

Jedoch gibt Glauber zu bedenken, dass erst die Aufnahme überhaupt eine Planung ermöglicht. „Natürlich sprechen wir dann von sieben oder zehn Jahren Planung bis zur Bau-reife.“ Im Übrigen ist sich Glauber

sicher, dass die Gegner im Verlauf des Verfahrens gegen die Trasse klagen werden. Die Abstimmung selbst war laut Glauber, der für die Freien Wähler Berichterstatter im Ausschuss war, eine klare Sache: „Selbst die SPD hat sich ganz klar für die Umgehung geäußert.“

Ähnlich betont Michael Hofmann (Neuses), der CSU-Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Forchheim, die Sitzung vom Donnerstag. „Gefreut“ habe ihn die Haltung der SPD. Seiner Meinung nach hatte die Biwo keine guten Argumente: „Alleine mit dem ÖPNV kann man keine 10000 Fahrzeuge täglich aus Gosberg verlagern.“ Die Ostspange der Südumgehung müsse in den vordringlichen Bedarf kommen, dann könne man die Details planen.

Auch der CSU-Politiker räumt ein, dass der Bau noch in weiter Ferne liegt: „Es ist tatsächlich so, dass Experten sagen, dass dort vor 15 Jahren kein Auto fährt.“ Hofmann geht es jedoch um eine langfristige Betrachtung, denn man müsse jetzt die Planung beginnen. In diesem Punkt ist er sich mit Thorsten Glauber einig.

Anders als die Gegner des Projektes sieht Hofmann langfristig sehr wohl eine Entlastung auch Forchheims und zwar in der Zukunft. Der lange Planungszeitraum zeigt die „Dimension der Entscheidung“. Den Menschen, die vom Verkehr und den Staus betroffen sind, müsse „eine Perspektive gegeben werden“. „Die fahren ja nicht aus Jux und Dollerei dort.“

„Grundsätzliches Problem“

Naturgemäß anders sieht das Thema Markus Ganserer. Der Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen stimmte mit seinem Kollegen Martin Stümpfig für die Biwo-Petition und sieht ein „grundsätzliches Problem der bayerischen Verkehrspolitik“. Die ganzen Wünsche aus dem Freistaat an den Bundesverkehrswegeplan seien „in 100 Jahren nicht zu finanzieren“. Die B 470 sei im bundesweiten Vergleich gar nicht so außergewöhnlich belastet.

Scharfe Kritik übt Ganserer daran, dass in der Bevölkerung durch die gestrige Abstimmung „Hoffnungen geschürt werden“. Denn dem Bau der Ostspange räumt er „keine großen Chancen“ ein. „Vordringlicher Bedarf heißt nicht, dass das in 15 Jahren gebaut wird“.

Erleichterung herrscht dagegen bei der „Bürgerinitiative für eine Südumgehung von Forchheim“, auch wenn die Verwirklichung in weiter Ferne liegt. Sprecher Johannes Heinlein: „Das ist ein klares und wichtiges Signal.“

Breite Mehrheit ist für Ostspange

Fr 27.11.2015

BESCHLUSS Die Abgeordneten von CSU, SPD und Freien Wählern sprechen sich für einen Verbleib der Forchheimer Südumgehung im Bundesverkehrswegeplan aus.

VON UNSEREN REDAKTIONSMITGLIEDERN

THOMAS LANGE UND JOSEF HOFBAUER

Forchheim/München – Es bleibt bei den Ausbauplänen für die B 470 durch das Wiesental bei Gosberg. Eine Petition auch im Namen des Bund Naturschutz, für die Biwo-Chef Heinrich Kattenbeck fast 5000 Unterschriften eingereicht hatte mit dem Ziel, die Maßnahme aus dem Bundesverkehrswegeplan herauszunehmen, wurde im Verkehrsausschuss des Landtags mit dem Votum „erledigt durch Erklärung der Staatsregierung“ beschieden. Dies heißt: Ablehnung. Gegen die Petition stimmten CSU, SPD und Freie Wähler. Berücksichtigen wollten sie nur die Grünen.

In der Aussprache verwies der Pinzberger Abgeordnete Thorsten Glauber (Freie Wähler) dar-

auf, dass die Südumgehung im Zuge der B 470 seit den 1970er-Jahren im Bundesverkehrswegeplan steht. Später wurde die Maßnahme geteilt, so dass bisher nur die Westspange gebaut wurde. Nun müsse auch die Ostspange als „wichtiges Infrastrukturprojekt für die Fränkische Schweiz“ dringend folgen.

B470 total überlastet

Weil die alte Bundesstraße völlig überlastet ist, weichen Fahrzeuge auf eine Kreisstraße aus, was vor allem im Pinzberger Ortsteil Gosberg für massive Probleme sorgt. Dies könne nicht länger hingenommen werden, sagte Glauber, der auch stellvertretender Bürgermeister von Pinzberg ist. Umweltbedenken wies er zurück: „Es gibt wenige Projekte, die naturschutzfachlich so inten-

siv untersucht wurden wie diese Umgehung.“

„Da wurde jeder Quadratzentimeter unter die Lupe genommen“, argumentierte Glauber. Sicher habe eine Umgehung Auswirkungen auf die Natur. „Aber die 20 000 Fahrzeuge, die sich täglich durch Reuth quälen und die 15 000 Autofahrer, die auf Gosberg ausweichen, haben auch Auswirkungen auf die Menschen. Das darf man nicht vergessen“, betonte Glauber.

Entlastung muss her

Der Abgeordnete Michael Hofmann (CSU) aus Neuses betonte ebenfalls die Dringlichkeit des Projekts: „Anders ist eine Entlastung für die in ihrer Lebensqualität massiv beeinträchtigten Bürger nicht zu haben.“ Dies gelte vor allem für die völlig überlaste-

te Ortsdurchfahrt von Gosberg. Der Bundesverkehrswegeplan sei die einzige Chance, eine wirkungsvolle Entlastung der Bürger im Forchheimer Osten und von Gosberg erreichen zu können. Würde die Trasse aus dem Bundesverkehrsplan herausgenommen würde dies die Zementierung des Status Quo auf Jahrzehnte hinaus bedeuten, so Hofmann.

Auch Bernhard Roos (SPD) sprach sich für das Projekt aus und nannte es „längst überfällig“. Es sei „ein Gewinn für die allergrößte Mehrheit“. Dem könne sich auch der Bund Naturschutz nicht verschließen. Er müsse sich „durchringen für einen Eingriff, der den Menschen einen deutlichen Gewinn an Lebensqualität bringt“. Lediglich Markus Ganserer (Grüne) nannte

die Maßnahme Teil einer völlig überzogenen „Wunschliste“ der Staatsregierung.

Biwo gibt nicht auf

Heinrich Kattenbeck, Vorsitzender der „Bürgerinitiative pro Wiesental ohne Ostspange“ (Biwo), zeigte sich enttäuscht über das Abstimmungsverhalten der Forchheimer Abgeordneten. „Da wurde politisch entschieden. Ich hatte gehofft, dass unsere Argumente zählen“, erklärt Kattenbeck. Er zeigt sich aber kämpferisch. „Wir werden alle Mittel ausschöpfen, um zu verhindern, dass das untere Wiesental zubetoniert wird.“ Nun hofft Kattenbeck, dass die Argumente der Bürgerinitiative in der gleichlautenden Petition an den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages Gehör finden.